

Saale-Zeitung.

Erste Jahrgang

Anzeigen

werden die Spaltenzeit oder deren
Räum mit 30 Pfg. (sofern aus 500
20 Pfg. berechnet und in der Expedition,
von unseren Annoncisten und allen
Annoncisten zu übernehmen.
Bestellen die die Zei
Erhalten wissenschaftlich
Sonntags und Montag einmal,
sonst zweimal täglich.
[Der Abdruck unserer Original-Artikel
ist nicht gestattet.]

Bezugspreis
Für Halle vierteljährlich 2.50 M., bei
jährlicher Bestellung 7.75 M., durch
den Post- und Telegraphen-Versand
gesch. Briefungen werden von allen
Bezugsstellen angenommen.
In ausländischen Bezugsstellen
unter Nr. 6816 eingetragen.
Für die Redaktion verantwortlich:
Ray Schorre in Halle.
Veranstaltungen von 10^h bis 12^h Uhr.
[Redaktions-Redaktion Nr. 2332. — Expedition Nr. 176.]

Nr. 36.

Halle a. d. Saale, Donnerstag, den 22. Januar

1903.

Kaiser und Kanzler.

Ueber die Stellung Kaiser Wilhelms zu seinen Ratgebern ist häufig schon gesprochen und geschrieben worden, noch niemals aber ist in der Öffentlichkeit über das Thema „Kaiser und Kanzler“ so eingehend und offenberzig verhandelt, wie in der Reichstagsagitation am gestrigen Mittwoch. Es ist das Verdienst des Abgeordneten Richter, eine gründliche Ansprache über diese das konstitutionelle Wesen im inneren Kern berührende Frage veranlaßt und den Reichstagen Grafen Bülow zu bemerkenswerten Ausführungen genötigt zu haben. Bevor er diesen Vorstoß unternahm, beschränkte sich Herr Richter mit dem Etat, und zwar in Ausführungen, die nach Form und Inhalt den wohlgegründeten Ruf des freimüthigen Redners, der hervorragende Kenner des Etats und Meister in der Behandlung aller mit dem Etat zusammenhängenden Fragen zu sein, von neuem erhoberte. Im zweiten Teile seiner Rede erst ging er zur Förderung der individuellen Rolle über, die der Kaiser in unserem Staatsleben spielt. Nicht geschicklich an die einzelstaatliche Haltung des Grafen Bülow in der Plänenfrage anknüpfend, beschränkte er allgemein die den konstitutionellen Grundfragen nicht entsprechende Stellung des Kanzlers und der Minister gegenüber der Krone. Er gab — mit einem Seitenhieb gegen den Präsidenten Grafen Ballestrem — der Meinung Ausdruck, daß alle Amtsgeschäfte des Monarchen in öffentlichen Angelegenheiten im Reichstage behandelt werden könnten und müßten; das Gegenteil wäre eine konstitutionelle Farce. Nicht das Intimum des Verkehrs zwischen Kaiser und Kanzler, worüber Graf Bülow sich tags zuvor geäußert, interessierte die Öffentlichkeit, sondern die Tatsache, daß öffentliche Amtsgeschäfte und Verfügungen erfolglos, über die der Reichskanzler vorher gar nicht gefragt worden sei. Eine persönliche Kabinetsregierung, wie sie vor Jahrhunderten bestanden habe, sei in der Gegenwart absolut unmöglich. Als Abg. Richter, auf die Eigenart des Monarchen bezugnehmend, aussprach, es sei wohl zu seiner Zeit so schwer gewesen Minister zu sein als gegenwärtig, da nicht der Kanzler, was eine große Heiterkeit hervorrief. Abg. Richter schloß seine Rede unter lebhaftem Beifall der Linken mit der Bemerkung, daß die Fortschrittlichkeit des herrschenden Systems verhängnisvoll sein würde für das Staatswesen und nicht zuletzt für die Krone selbst.

Der Reichskanzler jagt es vor, nicht möglich zu antworten; er ließ verschiedene Redner aus dem Hause vorangehen und erhob sich erst am Schlusse der Sitzung zu der aufsehend unwürdigen überlegenen Entgegnung. Graf Bülow sprach sich mit großer Offenheit über seine Stellung zum Kaiser aus; er meinte, daß mit der Individualität eines Monarchen gerechnet werden müsse und gab zu, daß die Eigenart des Kaisers dem verantwortlichen Minister die Amtsführung nicht eben erleichtere, suchte sich dann aber wieder zu dessen mit der Behauptung, daß eine stark ausgeprägte Individualität für das Volk von großem Vorteil sei, wobei er die Begabung des Kaisers rühmte. Fast pathetisch rief er aus: „Was Sie ihm auch vorwerfen können, ein Politiker ist er nicht!“ Daß die Ausführungen des Kanzlers vom Hause mit größter Spannung angehöret wurden, läßt sich denken, denn nie zuvor ist über das Verhältnis zwischen Kaiser und Kanzler, über die Charaktereigenschaften im Reichstage so offen gesprochen worden. Aber der gute Eindruck, den die Offenherzigkeiten des Grafen Bülow an sich machten, wurde einigermaßen vermindert durch die Form, in der er die Geflohenheit des Monarchen, Stellung zu den öffentlichen Amtsgeschäften zu nehmen, gemessenmaßen zu beschränken suchte. Man hatte die Empfindung, als beachtliche Richter der Kanzler nicht, von den guten konstitutionellen Grundfragen, die er den Reichstagsmitgliedern anempfohlen hatte, selbst einen umfassenderen Gebrauch zu machen.

Im übrigen verdient aus den Äußerungen des Reichskanzlers lobend hervorgehoben zu werden der Nachdruck, mit dem er gegen jede Nominierungspolitik und gegen den Adaptionismus zu Felde zog. „Gauwinismus und Watermelons sind nicht legitim.“ Das Wort muß dem Grafen Bülow, der gestern und vorgestern gute Tage hatte, in sein politisches Kredit geschrieben werden.

Deutsches Reich.

Graf Falkenstein als Minister.

Das Verhalten des Reichspräsidenten Grafen Ballestrem in der Angelegenheit der Gieseler und Virchow's Kaiserrede wird, soweit wir es überlegen können, auch heute nirgends in der Weise verurteilt, in den meisten Wäutchen bis hinunter hinunter und agonisierender Literarier aber ist es durch die Zeit. Graf Ballestrem befand sich in einem schweren Stadium, wenn er glaubte, durch die Verleser der Gieseler Kaiserrede aus der Welt schaffen zu können, gerade im Gegenteil ist die Öffentlichkeit jetzt erst recht wieder damit ausmischend geworden. Schon wird die Frage aufgeworfen, wer die treue Seele ist? Und wer, die in diesem Falle hinter dem Präsidenten stand? Das „Welt-Tageblatt“ will wissen, aus wem die Minister werden wird, daß sie von dieser Nichts der Präsidenten nichts gewöhnt haben und sie nicht gebildet hätten, wenn sie vorher davon in Kenntnis gewesen wären. Dem steht die Tatsache entgegen, daß es vorgehen bereits bei Beginn der Sitzung im Hause bekannt war, Graf Falkenstein werde eine Erklärung der Gruppen-Mitglieder und über Folgergesamtionen nicht guldigen. Graf Falkenstein hat also die Befreiung nach einem

wohl überlegten, sorgsam erwogenen Plane ver nichtet. Doch er sich dadurch nicht selbst in Widerspruch gelehrt hat, ist ein folgendem Fall darzulegen: Wg. Lieber (N.) erdörte bei der Etatsdebatte am 12. Dezember 1899 die Rede des Kaisers am 18. Oktober 1899 im Prunksaale des Hamburger Rathauses. Reichskanzler Vogel lobte diese Verhandlung ein gegen die geübte Kritik an der Rede des Kaisers. Darauf sagte Präsident Graf Ballestrem:

„Meine Herren, ich habe schon früher erklärt, daß bezüglich der Reden des Kaisers, welche in außerordentlicher Form, also in der Reichstags- und Reichstags-Verhandlung, verknüpft werden, eine gewisse Zurückhaltung in den Beurteilungen der Reichstagsmitglieder nicht verwehrt werden kann. Ich würde der hohen Bedeutung, welche der deutsche Kaiser im politischen Leben einnimmt, glauben nahe zu treten, wenn ich den lobenswerten Beurteilungen, die verteuert sind, nachdem sie in ausführlicher Form bekannt geworden sind, eine so geringe Wichtigkeit beimessen würde, daß ich sie hier nicht erwähnen sollte. (Sehr richtig.) Natürlich muß dies in unserer Form gehalten, und ich kann nur erklären, daß der Herr Redner diese Form nach meiner Ansicht beibehalten hat. (Sehr richtig.) Das wollte ich in Worten des Herrn Reichskanzlers gegenüber Ihnen.“

Daß der Vortrag neues Wasser auf die Mühlen der Sozialdemokratie bringen muß, haben wir schon gestern ausgesprochen. Die sozialdemokratische Reichstagsaktion macht sich denn auch die günstige Situation schnell zu nütze, indem sie in ihrem Parteiblatt eine Erklärung veröffentlicht, die gegen den Reichstagsmitgliedern der Abgeordneten verurteilt, die „Gewalttat“ Protest erhebt. In dem Christlich ist es:

„Obwohl nun die Reden in Gien und in Breslau im Reichstags-Zeitung“ veröffentlicht worden sind, und obwohl Volkmar auf Einwendung des Präsidenten Herrn Grafen B. Ballestrem ausdrücklich erklärt hatte, er werde den Fall dem Kaiser mit dem Herrn in Verbindung stehen, mit seinem Worte erwidern, sondern sich ausschließlich auf die Kritik der gegen die sozialdemokratische Partei gerichteten Beschuldigungen des Kaisers beschränken, so ließ der Präsident diese Kritik nicht zu. Die Mitglieder des Reichstages Herr Grafen v. Ballestrem ist um so unverständlicher, als es in der Erklärung steht, daß sowohl in der gegenwärtigen als in der letzten Sitzung des Reichstages das Einmüthigkeit der Delegierten des Kaisers an den Reichstagen von Vorkem, das im Reichstags-Zeitung“ nicht veröffentlicht werden ist, in der gründlichen Weise erörtert wurde, insbesondere auch durch den Zeitsungsabgeordneten Dr. Schöberl. Er die Gerichtsordnung des Reichstages seinen Weg bietet, dienen nur bei Kenntnis der Geschichtliche des Kaisers Rupp verhänglichen Gewalttat des Reichstages Herrn Grafen v. Ballestrem im Reichstags selbst zur Förderung zu bringen, so werden wir uns an die Öffentlichkeit. Wir hoffen, daß die öffentliche Meinung, über die Reden des Reichstages, die die Bekanntschaft der Reichstages durch die Bekannten Vorkänge während der letzten Zolltarifverhandlungen noch frisch in aller Erinnerung sind. Sogar der Reichskanzler hatte so etwas nicht erwartet und war um so mehr überrascht über das Verhalten des Präsidenten, als er, wie wir A. Z.“ heute aus unbestimmter Quelle erfährt, darauf vorbereitet war, den Sozialdemokraten zu antworten. Wir sagten gestern schon, die Herren Nebel und Gen. wären dabei sicher nicht gut gefahren, und nun haben sie fast eine dreifache Absicht durch den Eigenwillen des Reichstagspräsidenten einen neuen, ausgiebigen Agitationsstoff erhalten.“

Wahrschwert vollenzweihandige Feststellungen macht das Mitglied des preussischen Landtags, Graf Wolff, in einer in der letzten Tagung im Parlament erwähnte vorläufige Studie „Vom Amerika. Vorkänge vom Verhältnis seiner Wirtschaftspolitik.“ (Wein 1903, E. Z. Mittler & Sohn.) Er gibt dort eine Zusammenfassung über den Zustand der Wirtschaftspolitik auf den bedeutendsten Eisenbahnen Amerikas und, aus diesen einzelnen Durchschnittszahlen die Durchschnittszahlen für die Fruchtfläche dieser gesamten Vorkem. 1870 betrug der Durchschnittsertrag, aber auf jenen Hauptbahnen gemalt wurde, pro km 520 M., 1900 nur noch 351 M. In der letzten Zeit betrug er 1900 genau das Doppelte, nämlich 699 M., pro km. Diese Durchschnitte der Güter (abgesehen von Dienstgut, Vieh, Wein und Holz), dabei für gewöhnliches Frachtgut 552 M., für Eisen- und Eisenzeug 1793 M. pro km. Diese obigen amerikanischen Zahlen aber sind eben immer noch verhältnismäßig hohe Eisenbahnfrachten. Wo die Vermehrung der Eisenbahnen von Binnenverkehrungen möglich ist, sind die amerikanischen Frachten noch weit geringer, wie die Zahl ausführt, eine Tonne Getreide von Chicago bis New York nur etwa 0,6 M. pro km. So lange in den Vereinigten Staaten der Transport von Weizen auf 1500 km pro Tonne nur etwa 3 M. kostet und wir, da dort in der Hauptache auf unsere Eisenbahnen angewiesen sind, dem nichts als eben unsere eigenen Eisenbahnfrachten entgegenzusetzen haben, die 3 M. für Getreide von Weizenberg nach dem Hauptbahnhof, auf etwa 825 km, 38 M. pro Tonne (also pro Tonnenkilometer 4,6 Pfg.) betragen, so lauge wird — daran erinnert Graf Wolff sehr richtig — uns Deutschen aller Welt wenig helfen. Man muß, so sieht er sehr treffend aus, bekämpfen die Mittel und Möglichkeiten der Güterbewegung ver die Eisenbahnen und eine vernünftige und vom Staate überwachter Konvention dieser Mittel hervorbringen. Den dabei neben der Kontrolle des Einkaufs auf der Linie weiter der Staat Kraft seiner Eigenschaft als Beherrscher des gesamten Eisenbahnverkehrs und als einziger wirklicher Hauptunternehmer überhaupt nicht einbringen können. Unsere Eisenbahnen können nie zu so billigen Sähen fahren wie die amerikanischen, denn wir haben immer und immerhin längere teuren Bahnen, die sich nicht auf unser Staatsbudget mit. Die englische Schöpfung der Eisenbahnen in England aber durch die Vernehmung

der Güterbewegung auf den Wasserstraßen, die ja den Eisenbahnen gerade die wenig oder gar keinen Frachtwinn bringenden Güter abnehmen und Material und Vertrieb der Eisenbahnen deshalb für die höherwertigen Güter besser auszunutzen und zu gestalten erlauben, nennt Graf Wolff eine solche Conventio.

Der Eisenweg gegenüber, bei jenem billigen Frachtgut von 0,6 M. für das Tonnenkilometer von Chicago aus handele es sich in der Hauptache nicht um künstliche Wasserstraßen, sondern um die natürlichen, durch die großen amerikanischen Seen gebildeten Wasserwege, im übrigen allen könnten auch in Amerika Kanäle nicht auf Eisenbahnen in Wettbewerb treten, ist folgendes bemerkt. Während die Wasserstraßen nach Vorhandensein von 1870 bis 1900 von 5,20 auf 1,51 gestiegen sind, konnten die Frachtfläche auf den Kanälen des Staates New York von 1,91 auf 0,50 M., und diese Kanäle haben zum Teil ungenutzte Abzweigungen. Was besetzt den verirrten Erie-Kanal anbetrifft, so konnten auf diesem anfangs nur 16, seit 1888 etwa 70% und erst seit 1892 etwa 225-Tonnen-Schiffe verkehren, während auf den meisten anderen künstlichen Wasserstraßen Schiffe von über 600 Tonnen fahren. Dagegen alle, namentlich Gieseler über dem vorzüglich organisierten amerikanischen Güter-Transport und den technisch ungenutzten vollkommene Einrichtungen der Güter-Eisen- und Eisenbahnen, die nach dem letzten Bericht, die Konvention der Kanäle ungenutzte erhöht worden ist, hat doch der Erie-Kanal durch die Kanal-Abgaben die Kosten für den Bau, Unterhaltung und Betrieb mehr als eingebraut, jedoch, nachdem im 1882 ein Ueberbruch von nicht weniger als 175,000 M. K. erfolgt war, werden die Kosten angeblich ungenutzten werden konnten. Auch am Ende des 19. Jahrhunderts betrug der Lebenszeit, abgesehen von den Zinsen des angewendeten Kapital, trotz vermindelter Umbauten 115,5 M. M. Freilich ist die der Betrieb des Erie-Kanals sich zurückgegangen, schon weil die mit ihm konkurrierenden Eisenbahnen mit ihren Frachtzügen noch unter jenen hohen genannten Durchschnitt von 1,51, nämlich auf 1,55 Pfg. pro km heruntergegangen sind. Dennoch aber ist vom Staate New York auf erzielte ins Auge gefaßt ein Umbau des Kanals entweder für je zwei oder vier fahrende 400-Tonnen-Schiffe oder aber für 1000-Tonnen-Schiffe, und die Kosten dieses letzteren Umbaus sind auf 336 M. M. K. berechnet. Auf 36 Millionen des Kanals kommt demnach höchstens 690,000 M. K. hinzu, während für den Umbau eines M. Mittelstands nebst Anschlüssen, welcher — und zwar sehr reichlich — auf noch nicht 192 M. M. veranschlagt ist, die beträchtlichen Kosten einschließlich der Bewehrung nur 463,400 M. K. betragen. Wenn also die Amerikaner, die gewiß niemand für unvorsichtige Tölpelern hat, in ihrer „Kanalschöpfung“ so weit gehen und den Kanal mit einer weit mehr als den meisten anderen der Staat Vorkehrung für eine großartige, fast vollständig unabhängige Verbindung seiner größten Stromgebiete, so sollte man meinen, daß allmählich auch in Preußen die Opposition gegen Kanalneubauten etwas weniger laut als bisher werden würde.

Politisches.

Den Abgeordneten daß die Reichstagsmitglieder angemessene Einführung von isolierten Wahlräumen und Vereinstimmen zur größeren Sicherung des Wahlergebnisses nicht in ihrem Sinne. Die Deutsche Tageszeitung schreibt, sie sieht zwar, dem Ziele des Antrages ihmatisch genehmigt, sollte aber den letzten Zeitpunkt für den ungelieferten, den Antrag beim Bundestag einbringen zu wollen. Dann fährt das Organ der Wähler fort:

Ob die Wahlversteck und die Isolierung die geeigneten Mittel zur Sicherung des Wahlergebnisses seien, bleibt uns noch wie vor zweifelhaft. Wir halten die bevorzogenen Mittel weder für würdig noch für zweckmäßig noch auch für durchführbar. Aber die in den letzten Tagen des Reichstages nicht ausgeprochen, daß die Isolierung einer Isolierräume neben oder in dem Wahllokale große Schwierigkeiten haben wird. Selbst wenn der Raum überall zu beschaffen sein würde, drängt sich die Frage auf, wer die nicht unerheblichen Kosten für die Einrichtung eines solchen Planes tragen sollte. Den Gemeindevätern muß das nicht einfallen, sondern, andererseits nicht man aber die Angelegenheit geistlich nicht regulär bilden, ohne die Kostenfrage zu lösen. Nun hat aber der Reichskanzler die Hoffnung ausgesprochen, daß das zu erwartende Gesetz noch vor den nächsten Reichstagswahlen verabschiedet werde. Wie die Dinge im Reichstage liegen, ist ja die Hoffnung nicht unbegründet. Wir hoffen es daher für bedenklich, solche Fragen im letzten Stadium einer Legislaturperiode unmittelfach vor den Reichstagen und gemessenmaßen unter ihrem Eindruck zu erheben.

Daß den Anstößen etwas bänglich zu Mut wird, weil die nächsten Wahlen, die so wie so schon durch die letzten Vorkänge der Zolltarifverhandlungen und durch die Annahme dieses Gesetzes für die jetzige Wechsell wenig günstige Aussichten bieten, nun auch noch größerer Wahrung des Wahlergebnisses vor sich gehen sollen, werden alle die begreiflich finden, die die bisherigen länderlichen Verhältnisse bei den Wahlen kennen gelernt haben.

* Nummer hat auch das „Welt“ des Herrn Stöder, der als früherer Höpfer über den Wandel der Zeiten schon so manche elegante Betrachtungen anstellen mußte, zu dem Deutsches Tageszeitung über „Nebel und Uebel“ und den Auswirkungen, die der Kaiser dem Gelehrten folgtgelehrt zu sein läßt, Stellung genommen. Besonders Vergegennimmt das Stöder-Wort an dem Ständebuch, mit dem der Kaiser Deulich verabschiedet:

„Darin“ so immer das „Welt“, liegt das Gefährliche der Situation. Daß Professor von Dächlein ihres Verstandes über einfließen als das vernünftige Wortes, ist schon oft bemerkt. Aber es ist für sie kein Aufstimmungen noch nicht geworden. Daß es lieber heißt der Fall und erfüllt jeden Geistlichen mit tiefster Verträgnis.“ Herr Stöder, der Vater des Antiklimatismus, stellt bei dieser Gelegenheit sogar den Juden, die gegen die Deutsches Tageszeitung protestieren, ein Wohlwollensgespräch aus; an ihnen „sollte sich die ewiggleiche Kirche ein Beispiel nehmen“. Herr Stöder als Redner der Juden! Es gefahren Preisen und Windex

